

 Bundeskanzleramt

[bundeskanzleramt.gv.at](http://bundeskanzleramt.gv.at)

Bundesministerin für  
Frauen, Familie, Integration und Medien

**MMag. Dr. Susanne Raab**  
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration  
und Medien

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.901.445

Wien, am 15. Februar 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Bayr, MA MLS, Kolleginnen und Kollegen haben am 15. Dezember 2022 unter der Nr. **13430/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Kinderrecht auf saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt und zum Kinderrechtsgeneralkommentar Nr. 26“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 7:**

1. *Wie wird sichergestellt, dass Österreichs Klimapolitik, insbesondere in Bezug auf eine Verringerung der Treibhausgasemissionen das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit, wie auch die Bedürfnisse von Kindern sowie ihre Ansichten bei der Umsetzung systematisch berücksichtigt werden?*
2. *Welche Maßnahmen sind geplant, um Luftverschmutzung und Treibhausgasemissionen entgegen zu wirken bzw. Subventionen zur Förderung von Verkehrsträgern, die die Rechte von Kindern auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit untergraben, zu beseitigen?*
3. *Wie plant die österreichische Bundesregierung sich in die Entwicklung des Generalkommentars Nr. 26 einzubringen? Hat Österreich vor, bei der*

*Konkretisierung des ersten Entwurfs beizutragen? Eine Stellungnahme zum ersten Entwurf ist bis 15 Februar 2023 möglich.*

4. *Welche Ministerien werden bei dem Prozess eingebunden, um eine konsolidierte Stellungnahme zu ermöglichen?*
5. *Werden Kinder und Jugendliche informiert und eingeladen sich am Prozess zu beteiligen? Welche Zielgruppen werden informiert und wie werden sie dabei begleitet und vorbereitet? Wird das vorhandene Toolkit für die Kinderbeteiligung angewendet? Dazu mehr unter: <https://childrightsenvironment.org/children-and-young-people/>*
6. *Ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft zB als offene Konsultation für die Erarbeitung der österreichischen Position vorgesehen?*
  - a. *Wenn ja, wann finden sie statt?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
7. *Welche Bildungsformate (vor allem für Kinder und Jugendliche) sind geplant, um über die Entwicklung des Generalkommentars zu informieren?*

Kinderrechte sind mir persönlich ein großes Anliegen, weshalb in meinem Zuständigkeitsbereich laufend Initiativen gesetzt werden, die deren Stärkung und Umsetzung dienen. Für die Tätigkeit des Kinderrechte-Boards werden jährlich EUR 70.000,- aus dem Budget des Familienressorts zur Verfügung gestellt. Die finanziellen Unterstützungen für Familien, insbesondere Kinderbetreuungsgeld und Familienbeihilfe, dienen der Stärkung von Versorgungsrechten der UN-Kinderrechtskonvention und durch die Valorisierung der Familienleistungen wurden langfristige strukturelle Verbesserungen für Familien beschlossen.

Seit vielen Jahren werden vom Familienressort zahlreiche Maßnahmen zum Schutz von Kindern vor familiärer Gewalt unterstützt und erst kürzlich haben wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket mit dem Fokus auf sexuelle Gewalt beschlossen. Da Kinderrechte eine Querschnittsmaterie sind, fällt die Umsetzung einzelner Kinderrechte in die Zuständigkeit verschiedenster Ressorts.

Die Zuständigkeit für die Umsetzung der Empfehlungen des Kinderrechteausschusses ergibt sich aufgrund der jeweiligen thematischen Schwerpunktsetzung der Empfehlung. Das Generalkommentar Nr. 26 betrifft die Themenfelder Umwelt und Klimaschutz und fällt daher nicht in meine Zuständigkeit.

Im Rahmen des Handlungsfelds „Beteiligung und Engagement“ der österreichischen Jugendstrategie wurde das folgende Jugendziel gesetzt: „*Wir nützen das Engagement der Jugendlichen, fördern ihr Bewusstsein und erreichen damit gemeinsam unsere Klima-, Energie- und Umweltziele und tragen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft bei.*“ Der Konsultationsprozess zum Generalkommentar Nr. 26 wurde der Koordinatorin der Jugendstrategie im zuständigen Bundesministerium zur Kenntnis gebracht.

MMag. Dr. Susanne Raab

